

Breite Seite in der Abfallpolitik FDP versucht Rekommunalisierung zu hintertreiben

Alles hätte so einfach sein können! Der Stadtrat hätte am 20. Juni mit den Stimmen aller vier Fraktionen dem Erwerb der 49,9% Geschäftsanteile der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG und der AWB Verwaltung GmbH durch die Stadtwerke (SWK) ohne Wenn und Aber zustimmen können. Mit diesem Rückkauf wäre dann zumindest dieses dunkle Kapitel Kölner Stadtgeschichte, nämlich die unter dringendem Korruptionsverdacht stehende Teilprivatisierung der Abfallwirtschaft zugunsten des Müllbarons Trienekens, korrigiert worden. Doch vier liberale Querulanten stifteten heilloses Chaos.

Dr. Harald Junge, umweltpolitischer Sprecher, erläutert die Chaotenposse, die letztlich die Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft nicht verhindern kann. Am 16. Juli wird der SWK-Aufsichtsrat den Erwerb beschließen und damit demnächst die Stadtwerke 100%iger Eigentümer der AWB.

Inkompetente Querulanten

Weil FDP-Fraktionschef Ralph Sterck auf seinem Kreisparteitag Ende Juni 2002 seine Qualität als oberster Privatisierer unter Beweis stellen musste, wurde eine Verwaltungsvorlage zum Erwerb der von der Kreissparkasse Köln derzeit gehaltenen Geschäftsanteile an der AWB mittels eines CDU/FDP-Änderungsantrages in Teilen bis zur Sinnlosigkeit entstellt. Der Beschluss zur Rekommun-

alisierung fand zwar eine breite Mehrheit, würde aber durch die von der FDP initiierten und von CDU/FDP kurz vor der Ratssitzung eingebrachten Änderungen inhaltlich topediert. Der Parteitag ist vorbei. Die AWB-Beschäftigten sind aufgebracht. Der Ankauf der Geschäftsanteile wurde wegen des Einspruchs der Arbeitnehmer im paritätisch mitbestimmten SWK-Aufsichtsrat am 24.6. nicht vollzogen. Der AWB-Aufsichtsrat am 27.6. korrigierte schließlich den Beschluss. Von kompetenter Seite, spricht durch die SWK-Geschäftsführung, wird den Verursachern des Änderungsantrags schriftlich Inkompetenz bescheinigt.

Einmalige Chance

Noch bis kurz vor der Ratssitzung am 20.6. waren sich ausnahmsweise einmal CDU, SPD und

Grüne einig, die Chance für den Erwerb der AWB-Anteile zu nutzen. Die RWE Umwelt AG hatte erst am 10.6. das aufgrund der Parteispenden- und Korruptionsaffäre enorm ins Trudeln geratene Trienekens-Imperium geschluckt. RWE erklärte: *„Wir wollen das Kerngeschäft Abfall und Recycling stärken. Im Zuge der Verschmelzung und Sitzverlegung der neuen RWE Umwelt nach Viersen werden die elf Niederlassungen der RWE Umwelt AG sowie die acht Niederlassungen der Trienekens AG regional neu aufgestellt, um Wachstumschancen konsequent zu nutzen.“* Kurz vorher hatte die Trienekens AG das dringende Interesse erklärt, die Abfallwirtschaft der Stadt Essen zu übernehmen. Das Kartellamt lässt dies jedoch nur zu, wenn Trienekens / RWE aus der Kölner AWB aussteigt. Aufgrund dieses Verkaufsdrucks, den das Kartellamt ausübt, sind die Anteile überhaupt und preiswert zu haben. Die Kreissparkasse Köln hat sie am 24.5. mit Zustimmung der SWK erworben und ist bereit sie bis zum 31.12. an die SWK, die über 50,1% AWB-Anteile verfügt, zu veräußern. Eine einmalige Chance für die Stadt Köln.

„Köln feiert Vielfalt - Machen wir aus Europa einen Platz für uns alle!“ Über eine Million Menschen besuchten am 7. Juli den Höhepunkt des Christopher-Street-Day: Die weltweit größte Schwulen- und Lesben-Parade war mit 148 Wagen und über 50.000 angemeldeten Teilnehmern zugleich Höhepunkt der „Europride 2002“. Neben Rosenmontagszug und Ringfest Kölns drittgrößtes Event. In der Parade waren die Grünen mit zwei Wagen, mit Joschka Fischer als Hauptredner und viel Prominenz vertreten. RathausRatlos-Reporter sichteten in der Parade Renate Künast, Volker Beck, Kerstin Müller - außerdem Claudia Roth und Angela Spizig. Auf den CSD-Galas und -empfangen auch dabei: Edith Müller und Barbara Moritz, Michael Vesper aus Düsseldorf und die an Kiel ausgeliehenen grünen Spitzenkräfte Anne Lütkes und Volker Bulla. Die Damen und Herren des Arbeitskreis Lesben und Schwule betreuten Infostände und verteilten auch fleißig Brausetütchen und Luftballons.

Ideologie macht blind

Doch dann lieferten CDU/FDP ihren chaotischen Änderungsantrag ab. **Der erste Punkt** sollte der SWK signalisieren, wo es lang zu gehen habe. Die SWK sollte angehalten werden, die Gebührenstabilität sogar bis 2009 zu gewährleisten. Allenfalls sollte die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten erreicht werden. Ein frommer Wunsch, nur mit dem Makel behaftet, eigentlich im engeren Sinne nichts mit dem anstehenden Verkauf zu tun zu haben.

Im **zweiten Punkt** dann die CDU/FDP-Breitseite: Vorgezogene Ausschreibung von Dienstleistungen der AWB und Skelettierung der AWB, die langfristig nur noch "koordinierende Funktion" für die von Privaten in den Stadtbezirken durchgeführte Müllsammlung leisten soll. Eine Umsetzung eines solchen Beschlusses hätte der Bruch des zwischen Arbeitnehmervertretern und Stadt nach langwierigen Verhandlungen vereinbarten Überleitungstarifvertrages hinsichtlich der Zeitachse bedeutet. Mit dem Vertrag wurde die Ausgründung der städtischen Abfallwirtschaft erst möglich. Schließlich wollten CDU/FDP gleich auch noch mit der RWE Umwelt AG und der AVG (Betreiber der Müllverbrennungsanlage) in Verhandlungen treten und prüfen, "inwieweit die jeweils zum 01.01.2010 und 2013 angestrebten Privatisierungen von weiteren je mindestens 10% auf den 1.1.2007 und 1.1.2009 vorgezogen werden können."

Da war in den Köpfen der Privatisierer aber einiges in Verwirrung geraten. Durch den geplanten Ankauf der früheren Trienekens-Anteile an der AWB hätte die SWK 100%. Warum man dann noch in Verhandlungen mit RWE Umwelt AG und treten sollte, bleibt intellektuelles Geheimnis der Antragssteller. Die SWK hat mittlerweile festgestellt, "dass die Nennung von RWE Umwelt AG und AVG im Änderungsantrag von CDU und FDP auf einem Irrtum beruhen muss."

Bleibt noch zu erwähnen, dass auch der **dritte Punkt** des Änderungsantrages, wonach der Ankauf den damaligen "Verkaufspreis" nicht übersteigen soll, Unkenntnis über den Ablauf der Teilprivatisierung der AWB im August 2000 an Trienekens erkennen lässt. Sterck hätte vielleicht Rüter fragen sollen, wenn CDU-Fraktionschef Bietmann ihm nichts erzählt. Denn ein klassischer Verkauf hat in 2000 gar nicht stattgefunden. Vielmehr gründeten Trienekens und städtische AWB eine neue AWB ...

Fachleute ausgeschaltet

Wie war ein solches Desaster möglich? Verfügt doch die CDU mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden von AWB und AVG, Johannes Hamm, und dem Ratsmitglied Matthias Wirtz über Abfallexperten. Möglich wurde die Pleite durch das Agieren der CDU- und FDP-Spitze im kleinen Kreise unter bewusster Ausschaltung verfügbarer



Kompetenzen. Sowohl die Geschäftsführungen von AWB und SWK als auch die Beteiligungsverwaltung beim Stadtkämmerer wurden bei der Antragsentwicklung nicht zu Rate gezogen. Die zuständigen CDU-Fachleute blieben außen vor. FDP-Fraktionschef Sterck brauchte unbedingt einen ideologischen Erfolg – zumindest auf dem Papier – um vor der eigenen Klientel bestehen zu können. Ob nun Sterck oder sein Gehilfe, Fraktionsgeschäftsführer Breite, gefloppt hat, kann die Öffentlichkeit vielleicht demnächst aus berufenem Munde erfahren! Bietmann beugte sich jedenfalls dem FDP-Ansinnen und ließ mal wieder den Schwanz mit dem Hund wedeln. In der CDU-Ratsfraktion soll darüber offene Empörung geherrscht haben.

Es war schon spannend zu sehen, wie keines der für Abfallwirtschaft zuständigen CDU-Ratsmitglieder zum Änderungsantrag im Rat das Wort ergriffen hat. Sie wollten sich ersparen, was Bietmann schließlich eingestehen musste: Man solle nicht jedes Wort im Antrag auf die Goldwaage legen!

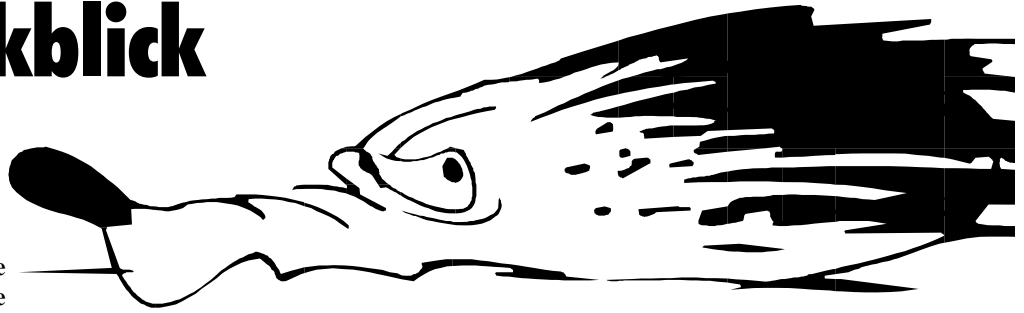
Aufsichtsräte stoppen CDU/FDP

Die Arbeitnehmervertreter fanden dies trotz der offenbaren Selbstzweifel Bietmanns nicht witzig, stünden doch bei konsequenter Umsetzung die meisten der mehr als 1.200 AWB-Arbeitsplätze auf dem Spiel. Im SWK-Aufsichtsrat fehlte CDU/FDP (fünf Stimmen plus OB Schramma) nun die Mehrheit, da zehn Arbeitnehmer, drei Sozialdemokraten und ein Grüner dies nicht akzeptieren. Die AWB-Arbeitnehmervertreter erwirkten eine Sondersitzung des AWB-Aufsichtsrats, in der sachkundig beraten wurde. Die FDP ist hier schließlich nicht vertreten. Das Ergebnis ist ein einstimmiger Beschluss. Statt dem Prüfungsziel "Ausschreibungen vorzuziehen", bei denen der AWB keine Chance gegeben werden sollte, mitzubieten, heißt es nun: "Der Aufsichtsrat beauftragt weiterhin die Geschäftsführung darzustellen, welche Auswirkungen eine vorgezogene Ausschreibung hat." Auftragsverluste können nur als negative Auswirkungen gewertet werden. Demnach ist der CDU/FDP-Änderungsbeschluss im Rat faktisch erledigt, heißt es doch im Aufsichtsratsbeschluss abschließend: "Die Prüfungen durch die Geschäftsführung erfolgen auf der Grundlage der geltenden vertraglichen Regelungen und unter Beachtung der wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens." Es bleibt zu hoffen, dass nach der AWB-Betrieberversammlung am 3. Juli wieder Ruhe ins Unternehmen einkehrt. Bis zum nächsten FDP-Parteitag ist ja noch etwas Zeit!



Rat im Rückblick

Von Ratsreporter Ignaz Igel



Die Ratssitzung am 20. Juni verschaffte manch interessante Einsicht und stiftete eine Menge Verärgerung. Denn sie dauerte bis 21.30 Uhr. Der laue Sommerabend war dahin. Verursacher dieses Ärgernisses waren FDP-Fraktionschef Ralph Sterck, der mit einem dilettantischen Änderungsantrag zum Erwerb der Abfallwirtschaftsbetriebe seinen Koalitionspartner CDU in einen zeitraubenden und peinlichen Ratsdisput trieb, und zuletzt CDU-Fraktionschef Bietmann mit der beantragten "Aktuellen Stunde" zur "Einführung von Studiengebühren in NRW". Gerade weil die CDU in allen Bundesländern Vorreiter für Studiengebühren ist, endete der CDU-Wahlkampfangriff mit einem Eigentor. Ministerpräsident Clement versucht nur durchzusetzen, was seine CDU-Kollegen Koch, Tüffel, Stoiber bereits vorführen. Die Grünen lehnen diese CDU-Politik ab, auch wenn sie von der SPD-NRW-Führung gemacht wird.

Dass es weder CDU/FDP noch Oberbürgermeister Schramma um wirksame Konsequenzen aus dem Parteispenden- und Korruptionsskandal geht, ist eine der Einsichten aus dieser Ratssitzung. Den grünen Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit bei Beratung von planungsrechtlichen und liegenschaftlichen Entscheidungen lehnten CDU, FDP und der Oberbürgermeister kurzerhand ab. Mehr als die Postulierung folgenloser Vorsätze ist nicht gewollt. Vielmehr dient die Affäre als willkommene Folie, die einstmals mächtige KölnSPD fortlaufend öffentlich zu demütigen. Wen wundert da noch der skandalöse Tabubruch von CDU und FDP, einen Ratsantrag des "Republikaners" Dr. Heydrich in den Ausschuss "Allgemeine Verwaltung" durchzuwinken? Die SPD-Fraktion verließ die Ratssitzung und beteiligte sich nicht an der Kontroverse.

Dr. Alfred Kuhlmann (CDU): ... *Meine Damen und Herren, wir werden uns in der nächsten Ratssitzung mit dem Ehrenkodex befassen und werden Wegzeichen für die zukünftige Arbeit des Rates setzen ... Die Dimensionen des Schadens sind gar nicht absehbar. Schaden haben nicht nur die Genossen genommen, nicht nur die SPD und ihre Fraktion, sondern Schaden genommen haben wir hier alle: die Fraktionen, der Rat, die Bürger und diese Stadt. Wenn Sie nach draußen gehen und hören, wie jetzt über Köln gesprochen wird, dann*

ist von der liebenswerten Stadt nicht mehr so sehr die Rede. Sie werden überzogen mit Fragen ... Das Markenzeichen Köln steht für Korruption, meine Damen und Herren, und für Affären politischer Art ... dass das zu Schaden für diese Stadt in politischer und in wirtschaftlicher – auch in sozialer – Hinsicht führt, ist keine Frage ... Das Fehlverhalten ist die Frucht des Filzes. Und Filz, meine Damen und Herren, wächst dort am besten, wo eine lange Regierungszeit einer Partei oder einer Gruppe anstand. Meine Damen und Herren, wir haben diese lange Regierungszeit in Köln hinter uns und wissen, dass diese Zeit ganz offensichtlich am Rechtsbewusstsein mancher sehr genagt hat und dass durch die machtkorumpierenden Folgen das Rechtsbewusstsein vieler nicht mehr in Ordnung ist ... ich meine, dass wir unter diesen Umständen auch die Aussprüche des Oberbürgermeisters früherer Jahre betrachten müssen Es wird schlicht und einfach die Frage, dass privat Ressourcen dieser Stadt genutzt wurden – und das ist ein Fehlverhalten –, herangezogen, um zu entschuldigen, dass falsche Spendenquittungen abgegeben wurden. Auch das ist nach meinem Dafürhalten ein unhaltbarer Zustand ... Es wird Zeit, dass wir miteinander über diese Vorgänge reden, dass wir nicht wegschauen und dass die Betroffenen, statt sich selbst zu fragen, ob sie etwas falsch gemacht haben, nicht immer noch an ihren Ämtern kleben oder gar nach neuen Ämtern suchen Es geht nicht, dass man davor davonläuft. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Einige SPD-Mitglieder haben ihre Plätze im Saal wieder eingenommen)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): *In einem muss ich Herrn Kuhlmann Recht geben: Wenn solch ein Antrag vorliegt, muss man sich mit ihm offensiv auseinandersetzen. Das wollen wir. Ansonsten aber, muss ich sagen, bin ich ziemlich verwundert, weil ein Antrag dieser extremistischen Gruppierung sicherlich kein Anlass sein kann, von Seiten der demokratischen Fraktionen eine Aufarbeitung der Affäre vorzunehmen bzw. Maßnahmen zu überlegen, an dieser Aufarbeitung teilzunehmen. Das kann so nicht sein, weil dieser Antrag auf etwas ganz anderes zielt.*

Er hat mit dem Spendenskandal und mit dem verschärften Verdacht der Korruption von Mandatsträgern und Verwaltungsbeamten nichts zu tun, sondern schwimmt im Kielwasser dieser Affäre und versucht, Dinge ins Spiel zu bringen, die bestenfalls in einer Grauzone liegen, aber geeignet sind, den ehemaligen Oberbürgermeister in ein schlechtes Licht zu rücken. Das ist offenbar die Absicht. Er steht dabei in engem Zusammenhang mit dem Antrag der Bürgerbewegung Pro Köln e. V., einer ebenfalls extremistischen Gruppierung, die die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft fordert. Das ist der Zusammenhang ... Wir bemühen uns, vollständig Licht in den Spendenskandal und in die Korruptionsaffäre zu bekommen. Es darf vor keinem Mandatsträger – auch vor ehemaligen Oberbürgermeistern und Oberstadtdirektoren oder Regierungspräsidenten – Halt gemacht werden. Es kann aber nicht sein, dass durch solch einen Antrag Mutmaßungen verbreitet werden, die in einem Bereich liegen, der mit dieser Affäre nichts zu tun hat. Jeder Oberbürgermeister, jeder Oberstadtdirektor bekommt in seinem Büro private Post. Jeder Oberbürgermeister – auch der amtierende – werden sicherlich nicht ihre Sekretärinnen angewiesen haben, private Poststücke in den Papierkorb zu entsorgen, sondern das Sekretariat wird sie sortieren und ordnen. Das halten wir für einen völlig normalen Vorgang ...

(**Karl Klipper [CDU]:** Vorbereitungen für die Steuererklärung! Das darf wohl nicht wahr sein!)

Es ist nicht erwiesen, dass Angehörige der Stadtverwaltung Köln für Oberbürgermeister Burger die Steuererklärung vorbereitet oder durchgeführt haben. Sollte das der Fall sein, und sollten Sie Hinweise darauf haben: Bitte, verehrte Kollegen von der CDU, heraus damit! Das wäre etwas anderes ... Insofern lehnen wir es ab, diesen Antrag zu verweisen ... Ansonsten sollten wir uns an die Fakten und vor allem daran halten, in den Spendenskandal und in die Korruptionsaffäre Licht zu bringen. Dazu können alle Fraktionen ihren Beitrag leisten, insbesondere diejenige, die mit der SPD 16 Jahre in stiller Koalition war.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Kölsches Landrecht



Im jüngsten Ausschuss Umweltschutz und Grün gönnte die Beigeordnete Dr. Christiansen (SPD) dem Gremium einen realistischen Auspruch. Sie führte

im Kontext der geplanten Umgestaltung des Forts VII im Äußeren Grüngürtel an, sie könne sich nicht vorstellen, dass im äußeren Grüngürtel Kölns ein Gebäude illegal errichtet und betrieben werden könne. Dabei geschieht dies gegenwärtig bereits im Inneren Grüngürtel. Dort betreibt der Pächter Youssef El Rayes einen *Biergarten am Aachener Weiher*, ohne über eine Befreiung nach § 69 Landschaftsgesetz NW zu verfügen. Diese hatte ihm der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde in seltener Einmütigkeit *einstimmig* verweigert, weil der Pächter sich seit Jahren weigert, die für den provisorischen Betrieb erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen zu zahlen. Allerdings hat er der Stadt mitgeteilt, dass er, falls er den Zuschlag für den dauerhaft nahe am bisherigen Standort geplanten Biergarten erhalte, den Forderungen des Umweltausschusses nach rund einem Jahrzehnt zu erfüllen gewillt sei.

Dieses dreiste Auftreten loben CDU und FDP als eine ausgezeichnete unternehmerische Haltung, fördern den illegalen Betrieb und brüskieren zugleich den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde. Und dies, obwohl sie wissen, dass ihr Votum im Umweltausschuss erst gültig ist, wenn die Obere Landschaftsbehörde sich diesem anschließen sollte.

Im Rat bot der Stadtkämmerer ein peinliches Herumeiern, der das "Kölsche Landrecht"

zu verteidigen hatte. Die Grünen sind *nicht* generell gegen einen Biergarten am Aachener Weiher. Der im Rahmen eines Wettbewerbs gefundene neue Standort für ein festes Gebäude ist angemessen. Doch ist das gegenwärtige Verhalten der Verwaltungsspitze und von CDU/FDP geeignet, das Ansehen Kölns weiter zu schädigen, zumal zusätzlich nun ein seriöses Betreiberauswahlverfahren torpediert werden soll. Prost! *haj*

Provinzpossen: "Wenn die bunten Fahnen wehen..."



Spontane Spendenbereitschaft wurde bei den Mitgliedern der Grünen im Kölner Rat durch den Bericht des Vorsitzenden der Grünen Bezirksfraktion Mülheim, Florian

Haarmann ausgelöst: Nach langem Hin und Her war die Mülheimer Bezirksvertretung zwar bereit, die Fahne der Lesben und Schwulen zum CSD in diesem Jahr zu hissen. Der grüne Antrag, eine solche Flagge auch käuflich zu erwerben und aus Bezirksmitteln zu finanzieren, wurde hingegen abgeschmettert.

So spontan wie die grüne Ratsfraktion reagierte auch die Firma MENSport aus der Kettengasse und bot an, eine große Fahne zu spendieren. Dazu zeigte sich dieses Unternehmen auch sehr hilfsbereit und organisierte gleich die Beschaffung der Fahne bei einer Fahnenfabrik im Kölner Norden. Um der Übergabe etwas öffentlichen Glanz zu verleihen und dieses positive Signal für

Einsichten und Selbstbekenntnisse

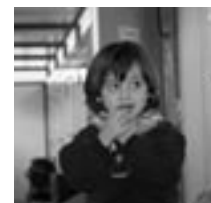
„Ich hatte zehn Jahre lang mein Büro dort. In der Zeit ging es mit dem Viertel steil bergab. Jetzt bin ich nicht mehr dort. Seitdem ist es leicht aufwärts gegangen.“

Karl Jürgen Klipper (CDU), Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses und von Beruf Steuerberater am 27.6.2002 zur Sozialstruktur im Eigelsteinviertel.

Lesben und Schwule auch in Köln-Mülheim zu unterstreichen, erklärte sich Bürgermeisterin Angela Spizig kurzfristig bereit, das kostbare Textil eigenhändig nach Mülheim zu bringen und die Flagge vor Ort einzelnen Bezirksvertretern zu überreichen. Noch in der Straßenbahn ereilten sie dann per mobilfon die Nachrichten über diplomatisch-protokollarische Verwicklungen von Bezirksebene bis hin zur Verwaltungsspitze: Die Übergabe einer Flagge sei ein hoheitlicher Akt, bei dem der Bezirksvorsteher oder einer seiner Vertreter anwesend sein müsse. So verließen alle Beteiligten unverrichteter Dinge das Bezirksrathaus, um sich zwei Tage später in veränderter Besetzung erneut einzufinden und die Fahne persönlich dem Bezirksvorsteher zu übergeben. Und siehe da - diesmal war auch ein bekennender Vertreter der FDP dabei. Er war gekommen, um einen kleinen regenbogenfarbenen Leihwimpel anzubieten, den er sich beim SC-Janus schnell besorgt hatte...

Zur 11. Kölner CSD Parade wird jedenfalls, dank grüner Initiative, nun auch vor dem Bezirksrathaus Mülheim eine schöne große Regenbogenfahne wehen. *red*

Lagerhaltung bleibt



Bietmanns medial in Szene gesetzte Kritik am Flüchtlingslager in Kalk hat sich im Rat am 20. Juni als reiner Show-Effekt entpuppt. CDU- und FDP-Fraktion wollen

an ihrem Abschreckungskurs ohne Abstriche festhalten. Der Antrag der Grünen (vgl. Rathaus Nr. 146) wurde vollständig abgelehnt. Die dünne CDU/FDP-Mehrheit beschloss mittels Ersetzungsantrag vielmehr die repressive Schraube in der Kölner Flüchtlingspolitik weiter anzuziehen. Nun heißt es: „In das Konzept sollen Maßnahmen zur ver-



Logistikzentrum Camp Altenrath

Die Landesregierung trifft bereits Vorbereitungen angekündigte „führende Logistikzentrum Europas nach amerikanischem Vorbild“ am Flughafen zu bauen – nämlich auf dem bis Ende 2003 noch militärisch genutzten „Camp Altenrath“. Es liegt im Naturschutzgebiet Wahner Heide dicht neben dem eingezäunten Flughafengelände (siehe Luftbild). Die Flughafen-GmbH (FKB) möchte das Areal vom Bundesvermögensamt kaufen. Daher prüft das Verkehrsministerium, ob die Landstraße 84 („Panzerstraße“) eingezogen werden soll, um so der FKB diese Erweiterung zu ermöglichen und das Areal in das Flughafengelände zu integrieren. Darüber laufen bereits Gespräche zwischen Bezirksregierung Köln und Ministerium. Das Vorhaben war im Gutachten der Fa. Grünplan von 1993 als eine Erweiterungsmöglichkeit angelegt, das für den rechtlich-öffentlichen Vertrag über die Wahner Heide von der Flughafen-GmbH bestellt wurde.

besserten erkennungsdienstlichen Behandlung unerlaubt eingereister Personen unter Beteiligung des Polizeipräsidenten analog der Regelungen der Stadt Dortmund einfließen.“ In Dortmund würden Flüchtlinge - nicht nur wie in Köln - sofort nach der Anmeldung in der Beratungsstelle erkennungsdienstlich behandelt, sondern bei leisesten Zweifeln an ihrer Identität sofort inhaftiert. Außerdem gilt nun für alle „Altfälle“ in den anderen Kölner Unterkünften, das ein Verlassen ihres Zimmers für eine Woche zum sofortigen Rausschmiss führt und der „Altfall“ dann zum „Wiederzugang“ wird, der somit entweder gar nicht oder im Kalker Lager untergebracht werden soll.

CDU/FDP wollen das Lager bis 31.12.2002 aufrechterhalten, weil dann der Eigentümer die CFK-Industrienbrache bebauen möchte. Das Lager soll dann an anderer Stelle in Köln errichtet werden, sofern der Abschreckungskurs die Zahl neuer Flüchtlinge nicht drastisch gesenkt hat. Das Rote Kreuz als Träger der Einrichtung – derzeit mit starker öffentlicher Kritik konfrontiert - hat nun entschieden, die Trägerschaft von Containerlagern nur noch bis zum 31.12. zu übernehmen. Wie sich das DRK zu einer modifizierten Containerunterbringung in 2003 stellt, ist derzeit offen. oh



Foto: www.version-foto.de

kommt es zu Eskalationen, da es oftmals der vom Hilfesuchenden erwarteten Ermessensausübung entgegensteht, dass das Gesetz keinen Ermessensspielraum zulässt.“

Das Interkulturelle Referat bemerkt keine Fälle struktureller Diskriminierung wie im angeführten Beispiel, der mit geeigneten Rechtsmitteln begegnet werden müsste.

Das Referat bemerkt nur Fälle wie Fall 2: Ein Mitarbeiter im Sozialamt hat noch nie gehört, dass viele muslimische Frauen nur zu weiblichen Ärzten gehen dürfen; er empfiehlt für ein Attest einen männlichen Arzt. Oder Fall 3: Eine muslimische Frau regt sich im Sozialamt furchtbar darüber auf, dass bestimmte medizinische Maßnahmen nicht finanziert werden.

Antidiskriminierungsarbeit heißt für die Stadtverwaltung, dass das „Unwissen“ des Sachbearbeiters über Arztbesuche

von muslimischen Frauen im Gespräch ausgeräumt wird, und dass andererseits der muslimischen Frau klargemacht wird, dass nicht der Sachbearbeiter böse ist, sondern das Bundessozialhilfegesetz leider im Einzelfall gegen sie war. Und wenn zehn Jahre 15.000 Gespräche zur Klärung der Missverständnisse geführt wurden, gibt es keine Diskriminierung mehr.

Auf Basis dieser Fehleinschätzung ergeben sich weitere Konzept-Schwachpunkte: Städtische Antidiskriminierungsbeauftragte verzetteln sich in allgemeinen interkulturellen Tätigkeiten; ein strikt partnerschaftliches, gleichberechtigtes Verhältnis zu den freien Trägern mit Antidiskriminierungsbüros existiert nicht; herausgehobenen Rechte des Antidiskriminierungsbeauftragten innerhalb der Verwaltung werden gar nicht erst eingefordert. oh

Was heißt Antidiskriminierung?



Fall 1: Eine muslimische Frau geht mit Kopftuch zu einem Kölner Arzt. Dem Arzt gefällt das Kopftuch in seiner Praxis nicht. Er hat zudem gelesen, dass muslimischen Lehrerinnen das Recht auf Kopftuch im Unterricht verwehrt wurde. Als die Frau sich weigert, das Tuch abzunehmen, schickt der Arzt sie ohne Behandlung weg.

Manche sagen jetzt. Wir erkennen keine Diskriminierung der Frau. Wenn sie wirklich krank war, hätte sie ja ihr Tuch ablegen können. Andere sprechen von erheblicher Diskriminierung, weil der Frau die Behandlung rechtswidrig verwehrt wurde und sie zudem in ihrer Persönlichkeit durch erpresserischen Zwang, das Tuch abzulegen, beschädigt wurde. Im nun vorliegenden städtischen „Konzept zur Antidiskriminierungsarbeit“ finden sich solche Fälle nicht! Stattdessen wird nach monatelangen Beobachtungen von Ämtern und Einrichtungen festgestellt: „Die im alltäglichen Umgang entstehenden Konflikte und Probleme sind meistens auf Missverständnisse, Unwissen über andere Kulturen oder Vorurteile zurückzuführen. Bei der Behörde

Manche sagen jetzt. Wir erkennen keine Diskriminierung der Frau. Wenn sie wirklich krank war, hätte sie ja ihr Tuch ablegen können. Andere sprechen von erheblicher Diskriminierung, weil der Frau die Behandlung rechtswidrig verwehrt wurde und sie zudem in ihrer Persönlichkeit durch erpresserischen Zwang, das Tuch abzulegen, beschädigt wurde. Im nun vorliegenden städtischen „Konzept zur Antidiskriminierungsarbeit“ finden sich solche Fälle nicht! Stattdessen wird nach monatelangen Beobachtungen von Ämtern und Einrichtungen festgestellt: „Die im alltäglichen Umgang entstehenden Konflikte und Probleme sind meistens auf Missverständnisse, Unwissen über andere Kulturen oder Vorurteile zurückzuführen. Bei der Behörde



Foto: www.version-foto.de

Zukünftig Köln-Bonner Verkehrsbetriebe

Fusion zu regionalem Nahverkehrsunternehmen rückt näher

Eigentlich waren sich schon alle seit langem einig. Die Städte Köln und Bonn wollen ihre Nahverkehrsunternehmen KVB und SWBV zusammenlegen, um in einem künftig durch Vorgaben der Europäischen Union liberalisierten Markt bestehen zu können. Das Fusionskonzept wurde vom Management der Gesellschaften vorbereitet, mit den Arbeitnehmern abgesprochen und den Aufsichtsräten vorgestellt. Nur einer schoss quer. Die Bonner CDU-Fraktion unter ihrem Vorsitzenden Schreiber, früher lange Jahre selbst Chef der Stadtwerke Bonn, blockierte in Bonn die notwendigen Beschlüsse. Aber bekanntlich hat nicht nur die Kölner SPD, sondern auch die Bonner CDU ihren Skandal. Seit Schreiber nicht mehr im Rat, sondern - zwischenzeitlich - in Untersuchungshaft sitzt, ist die Bonner CDU auf die Linie der anderen politischen Kräfte in der Region eingeschwenkt. Die Fusion kann kommen.



Köln-Bonner Verkehrsbetriebe

Ziel ist, eine Köln-Bonner Nahverkehrsholding zu gründen, die, nach wie vor im Eigentum der Kommunen, im Auftrag der Städte den städtischen und regionalen ÖPNV mit Stadtbahn und Bus auf der operativen Ebene plant, die notwendige Infrastruktur vorhält, koordiniert und betreibt. Sie bedient sich dabei operativer Tochtergesellschaften, die für Fahrweg (Schiene), Werkstätten, Stadtbahn und Bus zuständig sind. Die Grundsatzplanung für den ÖPNV ist Aufgabe der Städte. Während Infrastruktur und Stadtbahn weiter zu 100% kommunal bleiben, sollen sich private Busunternehmen bis knapp unterhalb der 50%-Schwelle an der Busgesellschaft "KölnBus" beteiligen können. Es handelt sich dabei um die Unternehmen, die jetzt schon im Auftrag der KVB etwa 30% der Fahrleistungen erbringen. Das soll verhindern, dass lokale Kleinunternehmen

von den Großen wie Connex, Stagecoach oder Deutsche Bahn aufgekauft werden, wie dies in anderen regionalen Märkten schon geschehen ist. Ziel all dieser Maßnahmen ist, die kommunalen Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen. Dazu sind weitere Rationalisierungen erforderlich. Allein auf Köln bezogen soll die KVB bzw. Ihr regionales Nachfolgeunternehmen bis zum Jahr 2009 über 25 Millionen Euro einsparen. Dafür soll die Stadt garantieren, bis 2009 von Ausschreibungen im ÖPNV abzusehen, wenn dies rechtlich möglich ist.

Geändertes EU-Recht

Wie sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren entwickeln, ist aber zur Zeit völlig unklar. Nachdem der Kommissionsentwurf einer Verordnung zur Regelung des Öffentlichen Verkehrs (EU-VO 1191, "Marktzugangsverordnung") von 2000 im vorigen Jahr durch das EU-Parlament erheblich abgeändert worden war, hat die Kommission im Frühjahr einen neuen Entwurf vorgelegt, der die Änderungswünsche des Parlaments nur teilweise aufgreift. Daneben ist es möglich, dass durch Rechtsprechung des EU-Gerichtshof die rechtlichen Grundlagen des ÖPNV schon vor einer Neufassung der VO 1191 geändert werden und Ausschreibungen von Verkehrsleistungen zur Pflicht werden. Es kann aber auch sein, dass die städtischen Aufgabenträger die Möglichkeit erhalten, den ÖPNV durch eigene Unternehmen zu organisieren, wenn dies nachweislich aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen sinnvoll ist. In diesem Fall dürften sich die städtischen Betriebe aber nicht an Ausschreibungen anderswo beteiligen, z.B. beim Eisenbahnverkehr.

Ausschreibungen erfolgreich

Bereits seit 1995 gilt in Deutschland, dass Nahverkehrsleistungen auf klassischen Eisenbahnstrecken (Schienenpersonennahverkehr = SPNV) von den öffentlichen Aufgabenträgern, in Nordrhein-Westfalen die Verkehrsverbünde - hier der VRS - ausgeschrieben werden müssen. Das hat trotz der dominierenden Stellung der DB (über 90% Marktanteil) dazu geführt, dass bundesweit der SPNV quantitativ und qualitativ besser geworden ist. Insbesondere da, wo private oder teilprivate DB-unabhängige Eisenbahnunternehmen zum Zuge kamen, konnten auf vorher von der alten Bundes-

bahn stillgelegten oder vernachlässigten Strecken sensationelle Fahrgastzuwächse erzielt werden. Gerade Unternehmen der Connex-Gruppe können hier schöne Erfolge vorweisen (z.B. Kaarst - Mettmann). Das gleiche gilt für kommunale Betriebe, die sich neben dem klassischen Stadtbahn- und Busbetrieb im Eisenbahnverkehr betätigen, z.B. die Dortmunder Stadtwerke zwischen Dortmund und Lüdenscheid.

Chancen und Risiken

Dabei ist es keineswegs so, als sei im hiesigen ÖPNV alles prima, und jetzt kämen ein paar wild gewordene Eurokraten und brächten alles durcheinander. Verbesserungsbedarf besteht in vielfacher Hinsicht, damit der ÖPNV einen immer größeren Anteil am Verkehrsaufkommen gewinnt. Die Kosten für die Kommunen und für die Fahrgäste dürfen dabei nicht zu hoch werden. Gleichzeitig müssen den Beschäftigten vernünftige Arbeits- und Einkommensbedingungen geboten werden.

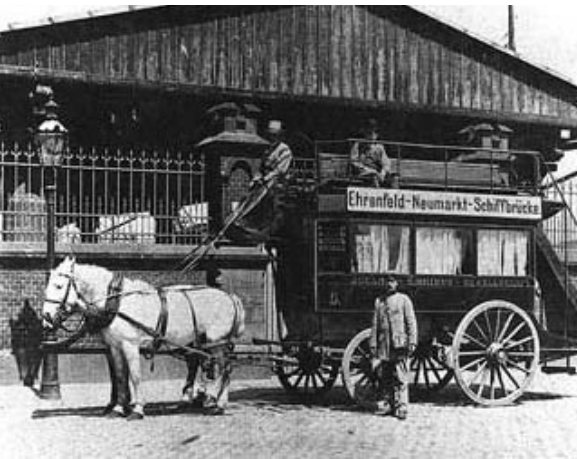
Mit dem regionalen Ansatz geht man in die richtige Richtung. Ob es am Ende so kommt, wie zur Zeit geplant, ist aber unklar. Wenn sich wirklich ein Betreiber-Wettbewerb um Marktzugang im ÖPNV etablieren sollte, wird sich schon die Frage stellen, ob die Stadt es sich leisten kann, ein Verkehrsunternehmen zu besitzen, das möglicherweise einen Wettbewerb in der eigenen Stadt verliert.

Öffentliche Aufgabe

Auf jeden Fall muss sie aber die Infrastruktur und die Regie behalten. ÖPNV ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe, die nicht einem deregulierten Markt überlassen werden darf. Das betont auch die EU-Kommission. Für die Kommunalpolitik besteht die Aufgabe, die bestehenden Strukturen behutsam so umzugestalten, dass sie den Anforderungen der BürgerInnen gerecht werden.

Berti Waddey





Wie lange noch „Jein“ zum Modell „Selbständige Schule“?

Seit Monaten wird im Kölner Rat über die Beteiligung am Modellprojekt „Selbständige Schule“ verhandelt und gestritten. Eine Entscheidung dafür steht immer noch aus.

Eigentlich müsste das Modellvorhaben „NRW Schule 21“ heißen, denn es wurde erstmals von den NRW-Grünen unter **diesem** Namen bei den Koalitionsverhandlungen mit der NRW-SPD im Jahre 2000 ins Spiel gebracht.

Nachdem auch Ministerpräsident Clement erkannte, dass es sich um ein sinnvolles Projekt handelt, wurde es in „Selbständige Schule“ umgetauft. Seitdem wird es auch von der SPD als **die** innovative Schulreform verkauft.

Nach zähem Ringen in den Schulkonferenzen um die Beteiligungsbedingungen an diesem Schulversuch, haben sich in Köln nun 31 Schulen zur Teilnahme am Modellvorhaben bereit erklärt und warten nun auf den noch ausstehenden Ratsbeschluss, der ihnen die Teilnahme endgültig ermöglicht.

Im Schulausschuss, der am 5. Juli dazu tagte, gab es weder ein Ja noch ein Nein. Der Beschluss wurde vertagt. Eine Sondersitzung für den 15. Juli festgelegt.

Zu viele Fragen seien noch offen, erklärten CDU- und FDP-Fraktion. Knackpunkte sind vor allem die Verträge für das nicht lehrende Personal, die auf Grund der Kapitalisierung von Stellen – das bedeutet die Umwandlung von Lehrerstellen in Geldzuweisungen – möglich sind. Für die Kommune werden Folgekosten beim Ausstieg aus dem Projekt befürchtet.

Natürlich sind auch die Grünen im Rat der Meinung, dass Neuerungen und mögliche Risiken kritisch hinterfragt werden müssen! Aber kann es in einem dialogischen, offenen Prozess schon immer alle Antworten geben? Die Grünen fürchten sich nicht vor organisatorischen, finanziellen und inhaltlichen Freiräumen und wünschen sich, dass diese notwendige „Frischluftekur“ für unser Schulsystem nicht an kleinkarierten, rechtlichen Fragestellungen scheitert. Die grüne Fraktion vertraut allen am Prozess beteiligten Akteuren, die sich an der Weiterentwicklung der Schulen beteiligen wollen. Denn dieses



Modell fördert und fordert Menschen, die Eigeninitiative zeigen, nämlich

- motivierte Schülerinnen und Schüler,
- engagierte Eltern,
- mutige Schulleiterinnen und Schulleiter,
- engagierte Lehrerinnen und Lehrer,
- veränderungsbereite Schulträger, Schulverwaltungen und Schulaufsichten.

Es ist somit die richtige Antwort auf PISA!

Trotz der Zweifel an der notwendigen Entschlossenheit des Landes, wäre es aus grüner Sicht verfrüht, von einer Beteiligung an dem Projekt abzusehen. Sinnvoller erscheint es, sich zu beteiligen und gleichzeitig immer wieder von der Landesregierung die Beseitigung von Defiziten einzufordern. Erst wenn das nicht funktionieren sollte, wäre es an der Zeit, dass die Schulen aus dem Prozess aussteigen.

Sabine Ulke



Transparenz? Nein, Danke!

Infolge des Korruptionsskandals reden jetzt alle von mehr Transparenz. Die Grünen im Rat beantragten sie am 20. Juni im Rat (vgl. RR146 und www.gruenekoeln.de): "Die Verwaltung soll beauftragt werden, einen Verfahrensvorschlag für mehr Transparenz zu entwickeln. Dies betrifft insbesondere Verwaltungsvorlagen aus Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Gebäudewirtschaft und Liegenschaften und somit auch den Erwerb, die Veräußerung, die Belastung, Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken. Sie sollen öffentlich behandelt werden, während die Behandlung schützenswerter Daten im nicht-öffentlichen Teil erfolgt."

Doch CDU/FDP samt OB lehnten ab. Sie haben die Nagelprobe nicht bestanden! Öffentlichkeit, Transparenz von Entscheidungsprozessen und Beteiligungsverfahren werden als unmittelbare Gefährdung der Machtausübung gewertet und daher erstickt. Machtausübung betreiben die CDU-Gewaltigen nach dem alten Kölner Muster von Filz und Schacher. Die FDP sekundiert. *jf*

Postvertriebsstück G 7006 Entgelt bezahlt
Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Bürgerstraße 2, 50667 Köln

Arbeitskreise

Sofern nicht anders angegeben, tagen die grünen AKs im Fraktionsbüro, Bürgerstr. 2. Termine können unter 221-25919 erfragt werden. Aufgrund aktueller Anlässe kann es immer wieder einmal zu Terminverschiebungen kommen.

Vom 17. Juli bis 30. August hat der Stadtrat Sommerpause. Rats- und Fraktionsgremien tagen während dieser Zeit nicht.

Umwelt: Nächster Termin: 03.09. um 17:30 Uhr; verantwortlich: Dr. Harald Junge

Bau & Verkehr: Nächster Termin: 10.09. um 16:30 Uhr; verantwortlich: Berti Waddey

Stadtentwicklung: Nächster Termin: 03.09. um 16:30 Uhr; verantwortlich: Barbara Moritz

Wirtschaft/Beschäftigung/Liegenschaften: Nächster Termin: 29.08. um 18:30 Uhr. Verantwortlich: Jörg Frank

Finanzen: Nächster Termin: 29.08. um 17:30 Uhr; verantwortlich: Jörg Frank

Verwaltung: Verantwortlich: Elisabeth Thelen

Kultur: Nächster Termin: 16.09. um 17:00 Uhr; verantwortlich: Peter Sörries

Soziales: Verantwortlich: Ossi Helling

Gesundheit: Nächster Termin: 19.09. um 19:00 Uhr; verantwortlich: Arif Unal

Jugendhilfe: Nächster Termin: 10.09. um 19:00 Uhr; verantwortlich: Gaby Schlitt

Bildung: Nächster Termin: 02.09. um 16:00 Uhr; verantwortlich: Angelika Winkin

Sport: Nächster Termin: 26.08. um 18:00 Uhr; verantwortlich: Bettina Tull

Fachgruppe Migration: Verantwortlich: Ciler Firtina

Frauen: Nächster Termin: 17.09. um 18:00 Uhr; verantwortlich: Gaby Schlitt

Polizeibeirat: Ansprechpartnerin: Ulrike Köhnen, Tel. 221-25916

Schwulenpolitik: Termin auf Anfrage (i.d.R. jeden 2. Montag im Monat um 20 Uhr).

Lesben (Partei-AK): Jeden zweiten Montag im Monat um 18:30 Uhr, verantwortlich: Regina Kobold, Tel. 221-25917

Adressen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat: Bürgerstr. 2, 50667 Köln; Tel. 22125919, Fax 22124555. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 Uhr.

Fraktionssitzung (Mittwochskreis): Jeden Mittwoch um 18.30 Uhr

Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Köln; KV-Büro: Ebertplatz 23, 50668 Köln, Tel. 9727888, Fax 9727889, info@gruenekoeln.de; Öffnungszeiten: Mo-Do 10-17 Uhr, Fr 10-14 Uhr.

Kreisvorstand: Jeden Montag um 18.00 Uhr

Bezirksfraktionen / Ortsverbände: 1 **Innenstadt/Deutz**

Karsten Kretschmer, Tel. 874695, k.kretschmer@netcologne.de; 2 **Rodenkirchen**

Alexander Balint, Rodenkirchener Hauptstr. 85, 50966 Köln, Tel. 0221/294 16 42, Fax 0221/294 16 38, gruene-bv2@stadt-koeln.de; 3 **Sülz/Lindenthal**

c/o Gerhild Loer, Berrenrather Str. 379, 50937 Köln, Tel. 0221/943 53 36, Fax 0221/54 84-306, gerhildloer@netcologne.de; 4 **Ehrenfeld**

Bettina Tull (OV-Sprecherin), Brigitta v. Bülow (Fraktionsvors.), Tel. 0221/54 88-309 (Fraktion), Fax 0221/55 41 71, Gruene-bv4@stadt-koeln.de; 5 **Nippes**

c/o Friedel Steinforth, Tel. 0221/732 72 28, steinforth@netcologne.de; Horst Thelen, email thelho@netcologne.de; 6 **Chorweiler**

Bernhard Hanfland, Pariser Platz 1, 50765 Köln, Tel. 0221/221-96 307, Fax 0221/8606889, gruene-bv6@stadt-koeln.de, bHanf83936@aol.com; 7 **Porz**

Dieter Redlin, Tel. 02203/ 93 19 30, Fax 02202/80 09 05, D.Redlin@t-online.de; 8 **Kalk**

Karin Schmidt, Tel. 0221/85 47 08, Tel. 0177/398 50 89, karin.schmidt@netcologne.de; 9 **Mülheim**

Florian Haarmann, Tel. 0221/221-99309, Fax 0221/221-99486, gruene-bv9@stadt-koeln.de

Büro der Bürgermeisterin Angela Spizig: Referent Christoph Goormann, Tel. 0221/2212-6063, Fax 0221/2212-6064, christoph.goormann@stadt-koeln.de

Grün-Alternative Jugend (GAJ): c/o Anna Schütte, fon 0178-2480930, mail: anna_schoenhuette@yahoo.com

Termine

Samstag, 24. August, 15 Uhr
Sommerfest der Kölner Grünen
Rathenauplatz (Innenstadt)

Sonntag, 25. August, 11 Uhr
Grünes Kinder- und Familienfest
Blücherpark, Ehrenfeld

Freitag, 30. August, 20 Uhr
Sackgasse Globalisierung? Rechtsruck in Europa? Diskussion mit Daniel Cohn-Bendit, Grüne, MdE. Bürgerz. Alte Feuerwache

Sonntag, 15. September, 18.30 Uhr
Grün wirkt! Joschka Fischer spricht zur Bundestagswahl. Gürzenich, Martinstraße

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Bürgerstr.2, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; Fax: (0221) 22124555

Redaktion: Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz, Miguel Vences

AutorInnen dieser Ausgabe: Jörg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignaz Igel, Harald Junge (haj), Regina Kobold, Barbara Moritz, Gaby Schlitt (gab), Angela Spizig, Sabine Ulke (sul), Berti Waddey (bw)

Druck: Prima Print, Köln

Satz/Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 5106550, Oliver Mostert

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 05. 07. 2002

Rathaus Ratlos im Internet

<http://www.gruenekoeln.de>

Technische Redaktion: Regina Kobold

E-mail: regina.kobold@stadt-koeln.de